



REPORT

INFORMATIONSDIENST DER KARLSRUHER SPD-GEMEINDERATSFRAKTION

Hausmitteilung

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

wie Ihnen sicherlich schon aufgefallen ist, handelt es sich bei dem aktuellen Exemplar des SPD-Reports um eine besondere Ausgabe. Zum einen feiert der SPD-Report der Karlsruher Gemeinderatsfraktion sein 7-jähriges Bestehen und zum anderen erscheint er ab sofort mit einem veränderten Layout unter der Redaktion der neuen Fraktionsgeschäftsführerin Pinar Karacinar.

Den Schwerpunkt dieser Ausgabe bildet ein kleiner Auszug der aktuellen inhaltlichen Arbeit der Fraktion. Weitere Informationen über die Arbeit der SPD-Fraktion und alle bisher erschienen Ausgaben des SPD-Reports finden Sie auf unserer Homepage unter www.spd-fraktion-ka.de.

Stellvertretend für die SPD-Fraktion wünschen wir Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr! Wir bedanken uns für Ihr Interesse am SPD-Report im vergangenen Jahr und freuen uns, Sie auch 2010 über die Arbeit der SPD-Fraktion informieren zu können.


Doris Baitinger
Fraktionsvorsitzende

Pinar Karacinar, LL.M.
Fraktionsgeschäftsführerin

Zum 20-jährigen Jubiläum des Mauerfalls SPD-Fraktion auf Studienreise in Halle

Zum 20-jährigen Jubiläum des Mauerfalls besuchte eine Delegation der Karlsruher SPD-Fraktion ihre Genossinnen und Genossen in Halle an der Saale. Mit Halle verbindet Karlsruhe eine Städtepartnerschaft, die ihr 20-jähriges Partnerschaftsjubiläum bereits 2007 feierte. Seit 1987 sind die beiden Städte aus Ost und West miteinander verbunden. Auch vor diesem Hintergrund freute sich die Delegation der SPD Karlsruhe, einen Besuch in Halle abzustatten. Empfangen wurden sie von den Hallenser Sozialdemokraten im historischen Wappenzimmer des Stadthauses Halle. Nach einer kurzen Begrüßung durch den Fraktionsvorsitzenden der Hallenser SPD, Johannes Krause, folgte ein äußerst informativer Vortrag über die Entstehung und Entwicklung der Stadt Halle durch den Leiter der Wirtschaftsförderung, Dr. Heinz Friedrich Franke. Die berühmten Sole-Quellen verhalfen der einstigen Salzstadt zu Wohlstand und Ruhm. Heute kämpft die bevölkerungsreichste Stadt Sachsen-Anhalts für eine regionale Wirtschaftsansiedlung, um die hohe Arbeitslosenquote zu senken. Anders als in Karlsruhe seien in Halle die Beschäftigungszahlen in mittelständisches Unternehmen deutlich geringer. In einer gemeinsamen Diskussionsrunde mit den Hallenser Sozialdemokraten stellte man aber auch gemeinsame Probleme fest. Der massive Rückgang der Einnahmen von Kommunen belastete auch den Haushalt der Stadt Halle. Seit dem Jahr 2000 habe Halle seine Aus-

gaben gegenüber dem Niveau von 2000 um 100 Millionen Euro gesenkt. „Dieser Spareffekt ist aber wieder durch Kostensteigerung und Minderung der Landeszuweisungen aufgebraucht“, verriet Krause. Wie in Karlsruhe müsse man sich aktuell auch in Halle um Einsparmaßnahmen



bemühen. Neben dem gemeinsamen politischen Austausch stand für die Delegation der Karlsruher SPD-Fraktion auch ein kulturelles Programm auf der Tagesordnung. Die Besteigung der Hausmannstürme und die Besichtigung des Händelhauses sowie der Stiftung Moritzburg stießen auf großes Interesse. Ein ganz besonderes Highlight war für die Teilnehmer der Fraktionsstudienreise die Besichtigung der Himmelscheibe von Nebra. Mit dessen Besuch fand die Reise einen würdigen Abschluss.

**SPD-Fraktion: „Das Fest wird 2010 stattfinden“
Rettungsplan für „Das Fest“ konnte verabschiedet werden**

Auf der letzten Sitzung des Gemeinderats konnte endlich nach langem Tauziehen das Konzept für die Rettung des Festes, welches von einer speziell dafür eingesetzten Arbeitsgruppe erstellt worden war, verabschiedet werden. Die SPD-Fraktion war darüber sehr erfreut. Schon in der Vergangenheit hatten sich die Sozialdemokraten



für den Erhalt der Großveranstaltung „Das Fest“ ausgesprochen. Die SPD-Fraktion forderte, dass die Festivität wie bisher in

seiner bekannten Art und Weise am Veranstaltungsort in der Günther-Klotz-Anlage stattfinden muss. „Dabei ist es sehr wichtig, dass der Charakter eines Familienfestes nicht angetastet wird und die Musikangebote für Jung und Alt, insbesondere das Klassikfrühstück, erhalten bleiben“, so die SPD-Fraktionsvorsitzende Doris Baitinger. Andernfalls besteht die Gefahr, dass das Grundkonzept „Das Fest“ unterlaufen wird und in seiner bisherigen Art nicht mehr fortbestehen würde. Allenfalls in der Größe der Veranstaltung können Kompromisse eingegangen werden. „Das Fest stellt ein Alleinstellungsmerkmal der Stadt Karlsruhe in der gesamten Region dar, so dass es auf gar keinem Fall in seinem bisherigen Konzept

verändert werden darf“, erklärte Stadträtin Ute Müllerschön weiter. Dass zur Weiterführung des Festes ein so genanntes „2-Zonen-Modell“ umgesetzt werden soll, empfand die SPD-Fraktion als beste Lösung, um das Sicherheitsproblem in den Griff zu bekommen. Die Unterteilung des Festivalgeländes in zwei Zonen dient nicht nur der räumlichen Erweiterung des Bereichs um die Hauptbühne, sondern auch der weitestgehenden Freihaltung des bisher stark frequentierten Weges zwischen Alb und der Hauptbühne als Rettungs- und Versorgungsweg. Darüber hinaus stellt das „2-Zonen-Modell“ nach übereinstimmender Meinung der Sicherheitsexperten eine Möglichkeit der wirksamen Zugangskontrolle dar, da für eine Fortführung des Festes die Beschränkung der Besucherzahl eine grundlegende Voraussetzung ist. Lediglich die Reservierungsgebühr von fünf Euro für den Bereich an der Bühne entsprach nicht der von der SPD gewünschten Ideallösung. „Natürlich hätten wir das Fest lieber komplett umsonst gehabt. In Anbetracht, dass ohne diese Gebühr, die für zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen verwendet werden soll, die Realisierung des Festes gefährdet wäre, tragen wir das vorgelegte Konzept mit“, so die Stadträtin Yvette Melchien. Deshalb stimmte die Fraktion den vorgeschlagenen Maßnahmen zu, um die Voraussetzungen für die Durchführung der Veranstaltung „Das Fest“ schaffen zu können. Die Verwaltung wird die weiteren zur Umsetzung erforderlichen Schritte einleiten und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorlegen.

SPD-Fraktion kritisiert fehlende Barrierefreiheit in Karlsruher Energie und Klimaschutzagentur

Bei der Eröffnungsveranstaltung der Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur (KEK) mussten die Stadträte der SPD-Fraktion zu ihrem Entsetzen feststellen, dass es keinen behindertengerechten Zugang zu dieser neuen städtischen Einrichtung gibt.

„Dies ist ein nicht hinnehmbarer Zustand“, kritisierte die Vorsitzende Doris Baitinger. Deshalb haben sich die Sozialdemokraten in einem offenen Brief an den Oberbürgermeister Heinz Fenrich gewandt. Für die Fraktion ist es nicht nachvollziehbar, warum bei einer neuen städtischen Einrichtung kein barrierefreier Zugang geschaffen wurde. Damit wird die Teilhabe von behinderten Menschen am Leben in der Gesellschaft ein Stück weit verhindert. „Die Stadt Karlsruhe hat auch im Hinblick auf barrierefreie Gestaltungen von Einrichtungen eine Vorbildfunktion“, so Stadtrat Michael Zeh. Zudem widerspricht das Fehlen eines behindertengerechten Zugangs sowohl der ausdrücklichen Zielsetzung im Masterplan, als auch

den Grundsätzen des Projekts „Barrierefreie Stadt Karlsruhe“.

Eine diesbezügliche kritische Pressemitteilung der SPD-Fraktion wurde vom Behindertenbeirat sehr positiv aufgenommen. Zu den Beanstandungen der SPD-Fraktion erklärte der Oberbürgermeister in einer schriftlichen Stellungnahme, dass die Rahmenbedingungen der Räumlichkeiten ausgezeichnet waren, so dass sich die Gesellschafter Stadt und Stadtwerke trotz fehlender Barrierefreiheit für die Räumlichkeiten in der Hebelstraße 15 entschieden haben und bat um Verständnis für diese Abwägung. Für den Fall, dass an Veranstaltungen der KEK mobilitätseingeschränkte Personen teilnehmen, sei laut Fenrich vorgesehen, auf andere Räumlichkeiten in unmittelbarer Nähe der KEK auszuweichen. Schließlich sei dies bei geschlossenen Veranstaltungen problemlos planbar, andernfalls würde dies mit der Einladung und der Anmeldung zu Veranstaltungen in der KEK abgefragt werden.

Personelle Veränderung



Sehr geehrte Leserinnen und Leser des SPD-Reports,

ich möchte kurz die Gelegenheit ergreifen, mich Ihnen vorzustellen. Seit Oktober bin ich die neue Geschäftsführerin der SPD-Fraktion Karlsruhe. Ich heiße Pinar Karacinar, habe ein abgeschlossenes juristisches Hochschulstudium sowie einen Master im Medien- und Urheberrecht. Zuletzt war ich als Journalistin tätig. Ab sofort werde ich Sie mit dem Report über die Aktivitäten und die politische Arbeit der SPD-Fraktion informieren und Ihnen die Haltung der Fraktion zu wichtigen kommunalpolitischen Projekten verständlich aufzeigen. Ich hoffe, dass sie dem SPD-Report auch unter der neuen Redaktion in Zukunft als Leser treu bleiben. **Vielen Dank!**

SPD-Fraktion fordert die Beachtung sozialer Standards bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen

Mit dem Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts vom 20.4.2009 wurde § 97 IV des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen neu gefasst. Diese Neufassung ermöglicht dem öffentlichen Auftraggeber, bei der Vergabe von Aufträgen zusätzliche Anforderungen an den Auftragnehmer zu stellen, die insbesondere soziale, umweltbezogene oder innovative Aspekte betreffen, wenn sie im sachlichen Zusammenhang mit dem Auftragsgegenstand stehen und sich aus der Leistungsbeschreibung ergeben. „Die Vergaberechtsreform macht es möglich, diese zusätzlichen Anforderungen sowohl in den Vertragsunterlagen - bei der Definition der Leistung und als zusätzliche Bedingungen für die Ausführung des Auftrages - als auch bei der Eignungsprüfung und beim Zuschlag zu berücksichtigen“, erklärte die Stadträtin Gisela Fischer. Mit dem Leitfaden „Berücksichti-

gung sozialer Belange im Vergaberecht“ informiert der Deutsche Städtetag über die vielfältigen Möglichkeiten der kommunalen Auftraggeber, bei der Vergabe soziale Kriterien zu berücksichtigen und diese rechtssicher und praxistauglich einzufordern. In gleicher Weise gilt es für die Berücksichtigung umweltbezogener und innovativer Aspekte, Umsetzungsmöglichkeiten zu entwickeln. „Daher erscheint es geboten, dass die Stadt Karlsruhe auf dieser Grundlage eine Handlungsempfehlung für alle städtischen Ämter erarbeitet“, forderte auch Stadtrat Hans Pfalzgraf.

Die SPD-Fraktion stellte einen diesbezüglichen Antrag. Insbesondere sollte an konkreten Ausschreibungsbeispielen dargelegt werden, in welchen Punkten die Einzelausschreibungen zukünftig zu ergänzen sind, um diese Gestaltungsmöglichkeiten umzusetzen.

Einführung des Karlsruher Passes und des sozialen Tickets ist ein voller Erfolg

„Für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist die wichtigste Voraussetzung Mobilität“, so die SPD-Stadträtin Angela Geiger. Aus diesem Grund hatte sich die SPD-Gemeinderatsfraktion für die Einführung eines Sozialtickets, einem vergünstigten KVV-Ticket für SGB II, SGB XII und Wohngeldbezieher stark gemacht und sich auch durchgesetzt. Bereits im ersten Monat wurden knapp 1900 KVV-Tickets in Anspruch genommen. „Nebenbei beschert diese rege Inanspruchnahme des Sozialtickets der KVV zahlreiche Neukunden“, resümierte Stadträtin Elke Ernemann. Das Sozialticket ist eine neue Komponente, die von Inhabern des Karlsruher Passes in Anspruch genommen werden kann. Eigentlich war der Karlsruher Pass de facto abgeschafft worden. Nach dem großen Engagement aller Gemeinderatsfraktionen wurde dieser glücklicherweise wieder eingeführt. Er erfreut sich großer Beliebtheit und ist seit seiner Einführung im Oktober 2009 bis zum 18.11.2009 knapp 4600 Mal ausgegeben worden. Daneben

können Inhaber des Karlsruher Passes kostenlos den Karlsruher Zoo besuchen und einen ermäßigten Bädereintritt in Anspruch nehmen. „Die ermäßigte Bädereintrittskarte, die von der SPD-Fraktion initiiert worden war, wurde allein im Europabad im ersten Monat 158 Mal ausgegeben“, so Stadtrat Jürgen Marin. Im Fächerbad machten im ersten Monat



84 Personen von dem ermäßigten Bädereintritt Gebrauch. „Die Wiedereinführung des Karlsruher Passes, der einkommensschwachen Karlsruher Familien zu Gute kommt, ist ein Erfolg auf ganzer Linie“, freute sich die SPD-Fraktion. Schließlich sprechen die Zahlen für sich.

SPD engagiert sich in Mühlburg Bürgerzentrum und Drais-Bolzplatz im Fokus

Offener Brief der SPD-Fraktion an den OB hat Wirkung gezeigt: Es ist ein Erfolg der SPD, dass nun endlich ein Bürgerzentrum in Mühlburg verwirklicht werden kann, das den Menschen in diesem Stadtteil zugute kommt“, zeigte sich Stadtrat Dr. Heinrich Maul zufrieden. Eine Arbeitsgruppe der Sozialen Stadt Mühlburg hat innerhalb der letzten zwei Jahre ein Konzept für die Realisierung eines Bürgerhauses in Mühlburg entwickelt. Damit dieses letztlich realisiert werden kann, musste ein Förderantrag der Stadt Karlsruhe beim Land gestellt werden. Nachdem am 9. Oktober immer noch kein Antrag seitens der Stadt gestellt worden war, war die Befürchtung groß, dass es bis zum Fristablauf am 15. Oktober zu keiner Antragstellung kommt. Damit dieses Projekt nicht scheitert, wandte sich die SPD-Fraktion in einem offenen Brief an den Oberbürgermeister und bat diesen eindringlich, sich für die Realisierung des Bürgerhauses in Mühlburg einzusetzen und den dazu notwendigen Förderantrag fristgerecht zu stellen. Nach diesem öffentlichen Appell wurde die Stadt glücklicherweise aktiv. Der Ältestenrat wurde einberufen. Schließlich einigte man sich binnen kurzer Zeit über die Antragstellung und die Rahmenbedingungen, so dass der Förderantrag fristgerecht gestellt wurde. „Wir sind sehr erfreut darüber, dass unser offener Brief an den OB nicht nur bei der Stadt eine große Resonanz erzeugt, sondern auch die anderen Fraktionen mobilisiert hat“ freute sich die Fraktionsvorsitzende Doris Baitinger.

Widerstand gegen eine Schließung des Drais-Bolzplatzes: Doch nicht nur die Sorge um das Projekt Bürgerhaus erhitzte die Gemüter im Stadt-

teil Mühlburg. Auf die Beschwerde von Anwohnern, dass vom Drais-Bolzplatz an der Ludwig-Marum-Straße Lärmbelästigungen ausgehen, wird erwogen, den Platz so zu verändern, dass er nur noch von kleinen Kindern benutzt werden kann oder ihn sogar zu schließen. Die SPD-Gemeinderatsfraktion hat sich sowohl gegen die Schließung des Drais-Bolzplatzes, als auch eine Nutzungsbeschränkung ausgesprochen. Schließlich wurden bisher noch keine Lärmmessungen vorgelegt, welche die Geräuschentwicklung durch spielende Kinder und Jugendliche als unerträgliche Lärmbelästigung einstuft. Die zulässigen Immissionsrichtwerte könnten allenfalls überschritten werden, wenn Bälle gegen die Fanggitter hinter den Toren geschossen werden. Dieses Problem kann jedoch mit einer einfachen und kostengünstigen Maßnahme behoben werden, indem vor den Gittern Fangnetze aus Nylon angebracht werden, so dass in keiner Weise die Erwägung einer Nutzungsbeschränkung oder sogar Schließung nachvollzogen werden kann. Um Abhilfe zu schaffen, hat die SPD einen diesbezüglichen Antrag im Gemeinderat gestellt. In einer Stellungnahme durch die Stadt zu diesem Antrag wurde angeführt, dass der Bolzplatz auch Anziehungspunkt für Jugendliche und Erwachsene ist, die nicht aus dem Quartier kommen. Die SPD-Fraktion ist gegen eine Nutzung des Bolzplatzes durch Externe. Dennoch dürfen Störungen durch Externe nicht zu Lasten der anwohnenden Kinder und Jugendliche durch eine Nutzungseinschränkung oder Schließung gehen. Zunächst muss ein milderes Mittel versucht werden, bevor so einschneidende Maßnahmen ergriffen werden.

Die SPD-Fraktion Karlsruhe wünscht Ihnen frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr 2010



Doris Baitinger
Hans Pfalzgraf
Dr. Heinrich Maul
Elke Ernemann
Jürgen Marin

Ute Müllerschön
Michael Zeh
Gisela Fischer
Angela Geiger
Yvette Melchien



Impressum: Der SPD-Report wird vierteljährlich herausgegeben von der SPD-Fraktion Karlsruhe, Hebelstr. 13, 76133 Karlsruhe

Telefon: 0721-29290, Telefax: 0721-23433, E-Mail: spd@fraktion.karlsruhe.de, Internet: www.spd-fraktion-ka.de

Verantwortlich: Doris Baitinger, Fraktionsvorsitzende; **Redaktion:** Pinar Karacinar, LL.M., Fraktionsgeschäftsführerin

Layout: Pinar Karacinar; **Druck:** Druckerei Bernd Böckle, Karlsruhe; Gedruckt auf Recyclingpapier; Auflage: 1.500

